

HGV

Hamburger Gesellschaft für Vermögens - und Beteiligungsmanagement mbH
vertreten durch: Sprinkenhof GmbH, Burchardstraße 8, 20095 Hamburg

Baumaßnahme: Neubau Freiwillige Feuerwehr Kirchwerder-Nord

Angebot für das Gewerk/Leistung: Trockenbau

Besondere Vertragsbedingungen (BVB)

Hinweis: Die §§ beziehen sich auf die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen (VOB/B).

1 Objekt-, Bauüberwachung (§ 4 Abs. 1)

Für die Objekt-, Bauüberwachung ist ausschließlich die von der Auftraggeberin benannte Person zuständig. Anordnungen dritter Personen dürfen nicht befolgt werden.

☒ Die Objekt-/Bauüberwachung obliegt **Sprinkenhof GmbH**

Diese/r hat [Herrn Bernd R. Dörsing](#) als Architekt*in/Ingenieur*in mit der Wahrnehmung beauftragt.

☐ Die für die Objekt-/Bauüberwachung zuständige Person wird mit der Auftragserteilung bekannt gegeben.

2 Ausführungsfristen (§ 5)

2.1 Mit der Ausführung ist zu beginnen

☒ Siehe Rahmenterminplan / ein gesonderter Bauzeitenplan folgt mit der Auftragserteilung

☐ am _____ (Datum).

☐ spätestens am _____ (Datum).

☐ unverzüglich nach Erteilung des Auftrages.

☐ nach gesonderter schriftlicher Aufforderung durch die Auftraggeberin, die spätestens _____ Werktagen nach der Auftragserteilung erfolgt.

Hinweis: Gesonderte Aufforderung ist stets bei Veröffentlichung im HmbTG vorzunehmen, siehe **Ziffer 7.5** VV-Bau.

☐ spätestens _____ Werktagen nach Aufforderung. Späteste Aufforderung erfolgt am: _____ (Datum).

2.2 Die Leistung ist fertig zu stellen

☒ Siehe Rahmenterminplan / ein gesonderter Bauzeitenplan folgt mit der Auftragserteilung

☐ spätestens am _____ (Datum)

☐ innerhalb von _____ Werktagen nach dem vereinbarten Beginn der Ausführung.

☐ spätestens _____ Werktagen nach _____.

2.3 Einzelfristen

☐ Einzelfristen für die Vollendung der Ausführung

-

= spätestens _____ Werktagen nach _____

-

= spätestens _____ (Datum)

☐ Einzelfristen für den Ausführungsbeginn am Leistungsort

- _____

= spätestens _____ Werktagen nach _____

- _____

= spätestens _____ (Datum)

☐ Einzelfristen für Verkehrsbeschränkungen

- _____

= _____ Kalendertage

- _____

= von _____ bis _____ (Datum)

Verbindliche Vertragsfristen gemäß § 5 Abs. 1 VOB/B sind die vorstehenden Fristen für den Ausführungsbeginn (2.1) und die Fertigstellung (2.2) sowie die folgenden Einzelfristen:

2.4 Die Auftraggeberin behält sich vor, vorstehend nicht datierte Zeitpunkte (Beginn und Ende der Ausführungsfrist und etwaiger Einzelfristen) im Zuschlagsschreiben datumsmäßig festzulegen.

3 Vertragsstrafe bei Fristüberschreitung (§ 11 Abs. 1)

Bei Überschreitung der Vertragsfristen hat der/die Auftragnehmer*in gemäß § 11 VOB/B für jeden Werktag des Verzugs folgende Vertragsstrafe zu zahlen:

- 3.1 Bei Überschreitung der Fristen für die Fertigstellung der Ausführung (2.2) 0,1% der Nettoabrechnungssumme/Werktag
- 3.2 Bei Überschreitung der Einzelfristen für die Vollendung der Ausführung
- _____ EUR (netto)/Werktag
- 3.3 Bei Überschreitung der Einzelfristen für den Ausführungsbeginn am Leistungsort
- _____ EUR (netto)/Werktag
- 3.4 Bei Überschreitung der Einzelfristen für Verkehrsbeschränkungen
- _____ EUR (netto)/Kalendertag
- 3.5 Die Vertragsstrafe wird auf insgesamt 5,0 Prozent der Abrechnungssumme (netto) begrenzt.
Die Summe der zu zahlenden Vertragsstrafen wird auf insgesamt fünf Prozent der Abrechnungssumme begrenzt.
Hinweis: Zur Höhe der Vertragsstrafe wegen Fristüberschreitung siehe **Ziffer 6.12.2** VV-Bau.

4 Beschleunigungsvergütung

☐ **Nur für Tief- und sonstigen Ingenieurbau:** Die Geltung einer Beschleunigungsvergütung wird vereinbart gemäß

beigefügten Formblatt „Beschleunigungsvergütung für Bauaufträge im Straßen- und Brückenbau auf BAB-Betriebsstrecken – Nutzungsausfallkosten“.

Hinweis: Bei Bedarf ankreuzen und das Formblatt beifügen!

- 4.1 Höhe der Beschleunigungsvergütung bei Unterschreitung der Einzelfristen
- _____ EUR (netto) / Kalendertag
- _____ EUR (netto) / Kalendertag
- 4.2 Die Beschleunigungsvergütung wird auf insgesamt fünf Prozent der Abrechnungssumme (netto) begrenzt.

5 Mängelansprüche

Als Verjährungsfristen für Mängelansprüche

☒ gelten die Fristen der Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen bzw. des § 13 Abs. 4 VOB/B.

☐ gelten für folgende Leistungen die folgenden Fristen:

für Abdichtungsarbeiten = 10 Jahre
für _____ = _____ Jahre

6 Abrechnung mit IT-Anlagen

Führt der/die Auftragnehmer*in die Abrechnung mit IT-Anlagen durch, gelten folgende Bedingungen:

- 6.1 Für die Anwendung der „Sammlung REB“ ist deren Stand _____ maßgebend.
- 6.2 Die Auftraggeberin beabsichtigt,
- alle Berechnungen mit IT-Anlagen zu prüfen, die der/die Auftragnehmer*in mit IT-Anlagen aufgestellt hat und
- folgende REB-VB nicht anzuwenden: _____
- 6.3 Der/Die Auftragnehmer*in darf bei der Aufstellung der Abrechnung
- folgende IT-Programme nicht verwenden: _____
- folgende Rechenstelle nicht einsetzen: _____
- 6.4 Die Datenträger für die Prüfberechnung
☐ sind vom Auftragnehmenden als Doppel der von ihm/ihr für die Leistungsberechnung verwendeten Datenträger zu liefern;
IT-spezifische Einzelheiten der Datenträger: _____
☐ werden von der Auftraggeberin selbst erstellt.

7 Rechnungen (§ 14)

- 7.1 Alle Rechnungen sind bei HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH, Gustav-Mahler-Platz 1, 20354 Hamburg, digital oder ausnahmsweise 1-fach (Original) einzureichen.

Weitere Rechnungsempfänger*innen kann die Auftraggeberin bei der Zuschlagserteilung vorgeben.

- 7.2 Die notwendigen Rechnungsunterlagen (z.B. Mengenberechnungen, Abrechnungszeichnungen, Handskizzen) sind einfach/1-fach einzureichen.

- 7.3 Bitte beachten Sie auf dem Zuschlagsschreiben, ob für dieses Gewerk ein Hinweis zur Umsatzsteuerpflicht nach § 13b UStG ergangen ist.

8 Zahlung (§ 16 Abs. 3 Nr. 1)

Die Frist für die Prüfung der Schlussrechnung und die Fälligkeit der Schlusszahlung gemäß § 16 Abs. 3 Nr. 1 VOB/B ☒ beträgt 30 Kalendertage.

☐ wird aufgrund der besonderen Natur oder Merkmale der Vereinbarung auf 60 Kalendertage verlängert.

Hinweis: Zum Begründungserfordernis bei Fristverlängerung siehe **Ziffer 7.16** VV-Bau.

9 Sicherheitsleistung (§ 17)

- 9.1 Der/Die Auftragnehmer*in hat Sicherheit nach Nr. 8 bzw. Nr. 11 *Zusätzliche Vertragsbedingungen (ZVB)* zu leisten, soweit in Nr. 9.2 oder Nr. 9.3 keine abweichende Vereinbarung getroffen ist.

Hinweis: Soll eine von den ZVB abweichende Sicherheitsleistung vereinbart werden, sind Nr. 9.2 bzw. 9.3 anzukreuzen.

- 9.2 ☒ Bei Aufträgen der **HGV mbH** gilt abweichend von Nr. 8.1 ZVB:

Der/Die Auftragnehmer*in stellt eine Sicherheit für die Vertragserfüllung in Höhe von 5 Prozent der Netto-Auftragssumme.

Der/Die Auftragnehmer*in stellt eine Sicherheit für die Erfüllung von Mängelansprüchen in Höhe von drei Prozent der Netto-Auftragssumme bzw. der festgestellten Abrechnungssumme

☒ bei Bauaufträgen ab einer Auftragssumme von 250.000 EUR (Regelfall).

☐ ausnahmsweise unabhängig von der Höhe der Auftragssumme.

Sind festgestellte Mängel zu beseitigen, erhöht sich die Sicherheit um den zweifachen Betrag der voraussichtlichen Aufwendungen für die Mängelbeseitigung.

- 9.3 ☐ Bei Aufträgen in **Bundesauftragsverwaltung** gilt abweichend von Nr. 11 ZVB:

10 Weitere Besondere Vertragsbedingungen

- 10.1 Lohnänderungen

☒ werden nicht berücksichtigt

☐ werden bei Erfüllung der Voraussetzungen gemäß der Anlage *Lohnleitklausel* berücksichtigt.

Hinweis: Der Vordruck *Lohnleitklausel* ist beizufügen.

- 10.2 Führung von Bautageberichten

Bearbeitungshinweis: Weitere Bedingungen sind zu nummerieren. Werden keine weiteren Bedingungen aufgenommen, ist zu schreiben: „Keine“ und der Rest ist so zu sperren, dass keine Eintragungen vorgenommen werden können.

- 10.3 In Ergänzung zu Pkt. 6 Zusätzliche Vertragsbedingungen (ZVB) müssen Stundennachweise außer den Angaben nach § 15 Abs. 3 VOB/B

- das Datum,
- die Bezeichnung der Baustelle,
- die genaue Bezeichnung des Ausführungsortes innerhalb der Baustelle,
- die Art der Leistung,
- die Namen der Arbeitskräfte und deren Berufs-, Lohn- oder Gehaltsgruppe,
- die geleisteten Arbeitsstunden je Arbeitskraft, ggf. gegliedert nach Mehr-, Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit, sowie nach im Verrechnungssatz nicht enthaltenen Erschwernissen und
- die Gerätekenngößen enthalten.

Die Originale der Stundenlohnzettel behält die Auftraggeberin, die bescheinigten Durchschriften erhält der/die Auftragnehmer*in.

- 10.4 Vertragsstrafe wegen Fristüberschreitung

Das Recht zur Geltendmachung weiterer Schadensersatzansprüche wegen Fristüberschreitung neben der Vertragsstrafe bleibt unberührt, eine verwirkte Vertragsstrafe wird jedoch auf solche Schadensersatzansprüche angerechnet.

Die Auftraggeberin behält sich die Geltendmachung der Vertragsstrafe bis zur Bezahlung der Schlussrechnung vor.

Sämtliche vorgenannten Vertragsstrafenregelungen gelten auch im Fall der nachträglichen Vereinbarung einer neuen Fertigstellungsfrist. Eine zum Zeitpunkt der Vereinbarung einer neuen Fertigstellungsfrist bereits verwirkte Vertragsstrafe entfällt nur, sofern die Parteien dies ausdrücklich vereinbaren.

Nachtragsangebote und -aufträge führen nur dann zu einer Verlängerung der Fertigstellungsfrist, wenn eine solche Verlängerung bei Nachtragsauftrag ausdrücklich vereinbart worden ist.

10.5 Pauschalen

Für die auftraggeberinnenseitig abgeschlossene Bauleistungsversicherung, die auch dem/der Auftragnehmer*in als Mitversichertem Versicherungsschutz gewährt, wird als Umlage **0,3 %** der Netto-Abrechnungssumme in Abzug gebracht.

Für den dem Auftragnehmenden von der Auftraggeberin zur Verfügung gestellten Baustrom wird als Umlage **0,1 %** und Bauwasser wird als Umlage **0,1 %** der Netto- Abrechnungssumme in Abzug gebracht.

Sofern der/die Auftragnehmer*in begründet nachweist, dass er/sie eine oder beide der letztgenannten Versorgungsleistungen (Baustrom und Bauwasser) nicht oder nur in einem so geringeren Umfang, dass eine Pauschalvergütung unverhältnismäßig wäre, genutzt hat, wird er/sie von der Umlage befreit. Der Nachweis muss spätestens zusammen mit der Schlussrechnung bei der Auftraggeberin eingehen.

10.6 Urkalkulation

Der/Die Auftragnehmer*in hat spätestens 4 Wochen nach Auftragserteilung die Urkalkulation in einem geschlossenen Umschlag bei der Auftraggeberin zu hinterlegen.

10.7 Abfall

Bauschutt, Verpackungen und sonstige Abfälle, die durch die Arbeiten des Auftragnehmenden anfallen, sind regelmäßig abzutransportieren, zu fraktionieren und fachgerecht zu entsorgen. Die hierfür anfallenden Kosten und Gebühren einschließlich etwaiger Deponiegebühren trägt der/die Auftragnehmer*in.

Die Auftraggeberin macht darauf aufmerksam, dass das „Merkblatt Abfallentsorgung bei Bau- und Abbrucharbeiten_FHH“ Bestandteil dieser BVB ist.

10.8 Abweichende Vereinbarungen

Von den Unterlagen der Vergabestelle abweichende Vertragsbedingungen, die insbesondere den Gerichtsstand, Vertrags- und Zahlungsbedingungen sowie Allgemeine Geschäftsbedingungen betreffen, werden nicht Vertragsbestandteil. Maßgeblich für den Vertragsschluss sind ausschließlich die Vergabeunterlagen der Vergabestelle.

10.9 Sonderregelung zur Corona-Pandemie

Abs. 1:

Die Arbeiten an dem Vorhaben sind während der Covid-19-Pandemie (sog. Coronavirus SARS CoV-2; nachfolgend: Coronavirus bzw. Coronavirus-Pandemie) fortzuführen, soweit diese nicht aufgrund der Corona-Pandemie unmöglich ist. Die Parteien sind weiterhin zur Leistung verpflichtet, sofern und soweit nicht behördliche Maßnahmen zur (teilweisen) Einstellung zwingen (z.B. Betretungsverbote) oder mittelbar aufgrund behördlicher Maßnahmen ein Weiterbetrieb nicht möglich ist. Dies gilt nicht, wenn geeignete Ersatzmaßnahmen zur Erbringung der Leistung zur Verfügung stehen. Die bloß präventive Aussetzung der Leistungserbringung ist nicht zulässig.

Für den Fall, dass dem/der Auftragnehmer*in die Erbringung der Leistung aufgrund dieser Umstände nicht mehr möglich ist oder erschwert wird, hat der/die Auftragnehmer*in die Auftraggeberin unverzüglich hierüber zu informieren. Ein pauschales Berufen auf die Coronavirus-Pandemie ist nicht zulässig. Vielmehr ist erforderlich, dass die Parteien aufgrund vorgenannter Umstände im konkreten Fall an der Erbringung der geschuldeten Leistung gehindert sind und die hindernden Umstände nicht mit vertretbarem Aufwand abzustellen sind. Der/Die Auftragnehmer*in hat dies darzulegen.

Abs. 2:

Die Parteien können sich hinsichtlich des Coronavirus grds. wie folgt und unter Anwendung des Abs. 1 auf den Tatbestand der höheren Gewalt berufen:

Die Vertragsparteien sind für die Dauer der durch das Coronavirus bedingten Störung und im Umfang ihrer Wirkung von ihren Leistungspflichten befreit. Die Parteien bleiben zur Leistung jedoch verpflichtet, soweit diese auch vor dem Hintergrund einer bestehenden Störung noch erbracht werden kann.

Termine und Fristen sind in entsprechender Anwendung der jeweiligen vertraglichen Regelungen zu verlängern, wenn diese durch den/die Auftragnehmer*in unverschuldet aufgrund der in Abs. 1 genannten Umstände nicht eingehalten werden können.

Mit der Befreiung von den Leistungspflichten sowie der damit einhergehenden Verschiebung der Termine und Fristen ist, eine automatische Vertragsauflösung nicht verbunden. Sind die Parteien an der Erbringung der jeweils geschuldeten Leistung aufgrund der aktuellen Coronavirus-Pandemie ganz oder teilweise gehindert, so ist gemeinsam mit der Auftraggeberin auf eine gemeinsame Vereinbarung zum weiteren Vorgehen bezüglich des Vorhabens hinzuwirken. Ist die Leistungspflicht aufgrund der Coronavirus-Pandemie nach dieser Vorschrift gänzlich nicht zu erbringen, ruht das Vorhaben für die Dauer der Verhandlungen zu der zu schließenden Vereinbarungen, unter Verlängerung der jeweiligen Termine und Fristen.

Abs. 3:

Die gebotenen Maßnahmen des Gesundheits- und Arbeitsschutzes sind einzuhalten. Soweit vom Auftragnehmenden Leistungen der Sicherheits- und Gesundheitskoordination zu erbringen sind, hat dieser/diese seine/ihre Leistungen auch unter der Berücksichtigung der gebotenen Prävention zur Vermeidung einer Infektion mit dem Coronavirus hinzuwirken.

XXXXXXXXXXXXX Ende XXXXXXXXXXXXXXXXX